

6 Lohndumping durch Leiharbeit am Uni-Klinikum Essen beenden!

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/35

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abgeordneten Zimmermann für die Fraktion Die Linke das Wort.

Wolfgang Zimmermann (LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Reihen der CDU scheinen sich wieder zu lichten, die der FDP auch.

(Zuruf von der CDU: Man kann sich das ja nicht anhören!)

– Das kann ich verstehen: weil Sie das alles nicht begreifen können. Das ist mir klar.

(Beifall von der LINKEN)

Wir debattieren heute im Landtag Nordrhein-Westfalen über Leiharbeit. Warum? Anlass ist das Universitätsklinikum Essen. Die Personalservicegesellschaft ist eine hundertprozentige Tochter der Uniklinik Essen. Sie ist im Jahr 2005 als Leiharbeitsfirma gegründet worden, hat eine Arbeitnehmerüberlassungszulassung und wendet den Tarifvertrag des Interessenverbandes Deutscher Zeitarbeitsunternehmen e. V. an. Das ist die iGZ. Geschäftsführer dieser PSG ist in Personalunion der Personaldezentrent des Universitätsklinikums Essen.

Meine Damen und Herren, die PSG ist ausschließlich in Strohmannfunktion dazu gegründet worden, um die Tarife im Universitätsklinikum abzusenken. Das ist der Sinn. Unserer Kenntnis nach entleiht die PSG zurzeit ausschließlich Personal an das Uniklinikum zurück.

Beim Personalrat des Klinikums wurden durch die PSG Einstellungen für mehr als 30 Berufsgruppen beantragt. Davon sind 300 Beschäftigte betroffen. Das bedeutet, dass bereits jetzt 10 % der Beschäftigten durch Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen ersetzt wurden. Und das, meine Damen und Herren, ist ein Skandal!

(Beifall von der LINKEN)

Das durchschnittliche Einkommen bei der PSG ist um 30 % geringer als das Einkommen in einem vergleichbaren Beruf. Die PSG gewährt 24 Tage Urlaub pro Jahr, zahlt absolut kein Weihnachtsgeld, kein Urlaubsgeld und betreibt keine Altersvorsorge.

Hier liegt die Situation vor, meine Damen und Herren, dass die Menschen bei der Leiharbeitsfirma dieselbe Arbeit machen wie Festangestellte, aber nur die Hälfte deren Lohnes verdienen. Das ist ein absolut unakzeptabler Zustand, der beseitigt werden muss. Wir müssen das im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tun, meine Damen und Herren.

(Beifall von der LINKEN)

Der Sinn der Leiharbeit liegt mittlerweile nicht mehr darin, Auftragsspitzen abzudecken. Der Sinn liegt auch nicht mehr darin, wegen Krankheit oder aus anderen Gründen kurzfristig Personal auszugleichen. Die Funktion der Leiharbeit ist ganz einfach: Sie dient der Senkung des Lohns für die Beschäftigten.

Meine Damen und Herren, ich brauche Ihnen die Fakten nicht weiter aufzuzählen und nenne deshalb nur einige Punkte. Zwischen 1997 und 2007 hat die Zahl der Leiharbeiter um 235 % zugenommen. Zwischen 2003 und 2009 kamen weitere 500.000 Beschäftigte in der Zeitarbeitsbranche neu hinzu. Wenn man hier, wie es CDU und FDP immer wieder tun, von Einzelproblemen redet, ist man völlig realitätsfern und zeigt man, dass man nicht weiß, was sich draußen auf dem Arbeitsmarkt abspielt.

Wie konnte es aber dazu kommen? Warum haben wir das Problem? Unter SPD und Grünen wurde die Leiharbeit 2002 im Ersten Gesetz für modernen Dienstleistungen am Arbeitsmarkt in einer Weise dereguliert und salonfähig gemacht, dass wir uns nicht wundern dürfen, dass die Leiharbeit heute in dieser Form praktiziert wird.

Heute sagen – Gott sei dank! – die Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den Grünen, dass sie das jetzt anders machen wollen. Im Koalitionsvertrag heißt es – Zitat –: „Wir wollen Leiharbeit neu regulieren und prekäre Beschäftigung in jeder Form zurückdrängen.“ Mal ganz davon abgesehen, dass wir als Die Linke in Nordrhein-Westfalen fordern, dass Leiharbeit völlig abgeschafft wird, sagen wir:

(Beifall von der LINKEN)

Das ist wenigstens ein Schritt in die richtige Richtung, meine Damen und Herren.

Sie können beweisen, dass Sie es mit der Regelung der Leiharbeit ernst meinen, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen und von der SPD; denn wir haben einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht. Sie haben die Gelegenheit, diesem Antrag von uns zuzustimmen, den wir allerdings in Bezug auf das Antragsbegehren umgewandelt haben: Er soll nun an die Ausschüsse überwiesen werden, damit wir konkreter und über das Uni-Klinikum Essen hinaus diskutieren können.

Ziel muss es sein, Leiharbeit und prekäre Beschäftigung zumindest erst einmal zurückzudrängen. Letztendlich bleibt es allerdings unser Ziel, die Leiharbeit völlig abzuschaffen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von LINKEN und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Zimmermann. – Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Preuß.

Peter Preuß (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der Fraktion Die Linke ist ein Spiegelbild der Kleinen Anfrage der Bundestagsfraktion der Linken über Leiharbeit in Krankenhäusern, die die Bundesregierung im April 2010 umfassend unter rechtlichen und tatsächlichen, aber auch unter politischen Gesichtspunkten beantwortet und bewertet hat.

Damit ist die Rechts- und Faktenlage eigentlich völlig klar. Nur irgendwelche Konsequenzen im Sinne von Lösungsvorschlägen zieht Die Linke daraus offensichtlich nicht. Deshalb ist der Antrag als reiner Schaufensterantrag, der der Problematik in keiner Weise auch nur annähernd gerecht wird, abzulehnen.

Auch der Landtag hat sich in der 14. Wahlperiode mehrmals – in der ersten Jahreshälfte 2010 gleich zweimal – unter verschiedenen Gesichtspunkten – zum Beispiel dem der Einführung eines Mindestlohns oder dem der Stärkung der Tarifvertragsparteien in der Zeit- und Leiharbeitsbranche – damit beschäftigt. Bei allen Unterschieden in der Bewertung der Fakten meine ich Einvernehmen feststellen zu können, was Sinn und Zweck von Zeit- und Leiharbeit anbelangt.

Zeitarbeit ist ein flexibles Instrument der Arbeitsmarktpolitik, das es Unternehmen ermöglicht, kurzfristig auf erhöhten Arbeitsanfall zu reagieren. Gleichzeitig bietet es insbesondere Arbeitslosen die Chance zum Einstieg in den Arbeitsmarkt. Diese Balance muss erhalten bleiben.

Nun bietet erlaubte Zeit- und Leiharbeit aber auch rechtlich zulässige Gestaltungsmöglichkeiten, was die Ausgliederung bestimmter Betriebsteile oder Aufgaben anbelangt. Das geschieht häufig wegen des Kostendrucks, aber auch zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit und dient damit auch der Beschäftigungssicherung. Dabei ist klar, dass die Personalplanung und der Personaleinsatz – auch die Nutzung des Instruments Leiharbeit – Sache des jeweiligen Unternehmens – in diesem Falle Krankenhausträgers – ist. Jeder so beschriebene Sachverhalt ist nicht automatisch rechtswidrig, auch wenn das Verhalten des Uniklinikums nicht akzeptabel ist.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Das ist ja mal ein Wort!)

Übrigens ist von der Leiharbeit und der Zeitarbeit unter Rot-Grün im Bund, namentlich unter Bundeskanzler Schröder, extensiv Gebrauch gemacht worden, ohne dass man die Notwendigkeit gesehen hat, dagegen einzuschreiten. Die PSG ist im April 2005, also noch zu rot-grüner Zeit, gegründet worden.

Missbräuchlicher Einsatz von Zeitarbeit liegt auch nach Auffassung der Bundesregierung – so die Antwort auf die Kleine Anfrage – dann vor, wenn die Stammbesellschaft durch Zeitarbeitnehmer und Zeitarbeitnehmerinnen ersetzt wird, um die Arbeitsbedingungen bzw. die Tarifverträge der Branche – hier also im Bereich der Krankenhäuser – zu umgehen

und sich den Pflichten eines verantwortungsvollen Arbeitgebers zu entziehen. Dabei ist die Stammbesellschaft nicht nur eine bestimmte Anzahl von Personen. Es ist vielmehr die notwendige personelle Ressource des Unternehmens, die Kernaufgaben zur Aufrechterhaltung und erfolgreichen Durchführung des Betriebes erfüllt. Mit der Stammbesellschaft werden eben nicht Arbeitsspitzen abgebaut, sondern wird der Betrieb aufrechterhalten.

Um aber Missbrauch zu verhindern, sind in erster Linie die Tarifvertragsparteien gefordert. Es müssen ordentliche Tarifverträge her, die für angemessene Arbeitsbedingungen sorgen. Da gibt es vielfältige Möglichkeiten – auch unter Berücksichtigung des Bestandsschutzes vorhandener Arbeitsplätze –, zum Beispiel mit Blick auf die Alterssicherung und die adäquate Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen bei Neueinstieg Tarifverträge ordentlich auszuhandeln.

Meine Damen und Herren, es ist dem Engagement des Arbeitsministers a. D. Karl-Josef Laumann zu verdanken, dass die Dinge in Essen nun im Fluss sind

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Bitte?)

und ein Schlichter bestellt ist, der die verschiedenen Interessen zusammenführen soll. Diesen positiven Weg wollen wir im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht stören. Wir lehnen den Antrag deshalb ab. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und Dr. Stefan Romberg [FDP])

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Preuß. – Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Schmeltzer.

Rainer Schmeltzer (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich weiß nicht, wie oft wir in der letzten Legislaturperiode über das Thema Leih- und Zeitarbeit gesprochen haben. Herr Kollege Preuß, Ihnen hätte es gut angestanden, einmal die entsprechenden Plenarprotokolle nachzulesen.

Aus dem „Fluss“, den Ihnen zufolge der damalige Arbeitsminister Laumann auf den Weg gebracht hat, ist in Sachen Ausbeutung durch Leih- und Zeitarbeit beim Uniklinikum Essen ein reißen Strom zulasten der dort beschäftigten Menschen geworden. Das ist die Wahrheit. Bei all den Debatten, die wir gerade zum Uniklinikum Essen und zur Gesundheitswirtschaft geführt haben, hat der damalige Minister Laumann sich geweigert, tätig zu werden und zu verhindern, dass die Ausbeutung größere Ausmaße annimmt.

Herr Kollege Preuß, in den Plenarprotokollen hätten Sie auch nachlesen können, was ich in jeder Rede hierzu immer wieder gesagt habe – ich hätte mir nicht träumen lassen, dass ich das auch heute wie-

derhole –: Ja, mit dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz 2003, das unter Bundeskanzler Schröder und dem damaligen Arbeits- und Wirtschaftsminister Clement erlassen wurde, haben wir etwas anderes gewollt. Die Umsetzung war definitiv falsch. Es hat sehr viele Anläufe gegeben – auch mit Aufforderungen in diesem Hause an den damaligen Arbeitsminister dieses Landes –, dem entgegenzuwirken.

Da muss man auch das Rückgrat haben – und das haben die Sozialdemokraten –, zu sagen: Wir haben etwas falsch gemacht und müssen das im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer korrigieren.

(Beifall von der SPD)

Sie haben sich dem verweigert. Sie wollten im Bundesrat nicht initiativ werden. Als andere Landesregierungen dies unter der Führung von Kurt Beck in den Bundesrat eingebracht haben, haben Sie sich verweigert. Herr Laumann hat an dieser Bundesratssitzung seinerzeit noch nicht einmal teilgenommen, geschweige denn das Wort für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ergriffen. Das ist die Wahrheit über das, was hier in den letzten fünf Jahren zur Zeit- und Leiharbeit diskutiert und auf den Weg gebracht wurde.

Lassen Sie mich etwas zum Antrag „Lohndumping durch Leiharbeit am Uni-Klinikum Essen beenden“ sagen. Ich habe in meinen kurzen Ausführungen schon deutlich gemacht, dass uns das Thema Zeit- und Leiharbeit seit Jahren am Herzen liegt und wir dabei immer gegen eine schwarz-gelbe Mauer ange laufen sind. Auch die Initiativen anderer im Bundesrat sind an der damaligen Bundesratsmehrheit gescheitert.

Aber wahr ist, dass wir die Zeit- und Leiharbeit insgesamt, Herr Kollege Zimmermann – nicht allein im Hinblick auf das Uniklinikum Essen –, sortieren und ordnen müssen. Wir brauchen gleichen Lohn für gleiche Arbeit; wir müssen über eine Befristung sprechen; wir müssen weg von der Konzernleihe; wir müssen wieder über das Synchronisationsverbot und noch einige andere Dinge sprechen. Das ist überhaupt keine Frage.

Deswegen ist dieser Antrag meines Erachtens vom Inhalt her okay, aber zu kurz gesprungen. Wir dürfen jetzt nicht nur das Uniklinikum Essen und als nächstes irgendeine andere Landesinstitution herausgreifen. Wir müssen das Thema für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land angehen, und wir müssen es auf breitere Füße stellen, und zwar über das Uniklinikum Essen hinaus.

Von daher sind wir gut beraten, diesen Antrag nicht direkt abzustimmen, sondern ihn an den AGS und andere zuständige Ausschüsse wie den Wissenschaftsausschuss zu überweisen. Diskutieren wir ihn breiter und behalten dabei das Ziel insgesamt im Auge, statt von Plenarsitzung zu Plenarsitzung einzelne Themen und einzelne Bereiche herauszugrei-

fen, denn damit wäre den Menschen im Land nicht in Gänze geholfen.

Von daher bitte ich darum, den Antrag zu überweisen, damit wir das ganze Thema einer ordentlichen Diskussion zukommen lassen können, statt nur über das Uniklinikum Essen zu reden. Wenn wir das Thema insgesamt behandeln, wird natürlich auch das Uniklinikum Essen positiv berücksichtigt werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Schmelzter. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Abgeordnete Maaßen.

Martina Maaßen (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der Linken spricht ein brisantes arbeitsmarktpolitisches Problem an, das es dringend zu lösen gilt, und zwar den Missbrauch von Leih- und Zeitarbeit und damit das Unterlaufen von Tariflöhnen.

Lassen Sie mich einen kleinen Schwenk zu heute Vormittag machen. Herr Weisbrich – leider ist er jetzt nicht da; ich spreche ihn trotzdem an – wiederholt gebetsmühlenartig die großen beschäftigungspolitischen Erfolge der CDU-Fraktion. Was die letzte Landesregierung jedoch gestärkt hat, ist das Prekariat. Unter Ihrer Regierungszeit erlebten prekäre Beschäftigungsverhältnisse durch Befristung, Zeit- und Leiharbeit Hochkonjunktur.

(Peter Preuß [CDU]: Falsch!)

Diese Schiefelage, meine Damen und Herren der CDU und der FDP, können Sie sich auf Ihre Haben-Seite buchen.

Insbesondere im Gesundheitsbereich ist eine dramatische Zunahme der Leiharbeit festzustellen.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Vor allen Dingen bei der AWO!)

Viele Kliniken und Pflegeheime in Nordrhein-Westfalen greifen immer mehr auf Leiharbeit zurück. Nach Angaben der Hans-Böckler-Stiftung sind zurzeit mit 19.000 Pflegekräften fünf Mal so viele auf Zeitarbeitsbasis beschäftigt wie 2004.

Wie groß das Problem ist, zeigt unter anderem die Studie „Zeitarbeit in Nordrhein-Westfalen“, die von der ehemaligen Landesregierung selbst in Auftrag gegeben wurde. Laut dieser Studie nutzt ein Viertel der Entleihbetriebe die Zeitarbeit zur Substitution von Stammbeslegschaften. Die Entgelte der Beschäftigten in der Zeitarbeitsbranche liegen erheblich niedriger als die Entgelte derjenigen, die ähnliche Tätigkeiten außerhalb der Zeitarbeitsbranche ausüben. Die Differenz zwischen dem Entgelt von Hilfskräften in Zeitarbeit und dem der Stammbeslegschaften liegt bei 45 %

und selbst bei qualifizierten Tätigkeiten noch bei rund 35 %.

Insgesamt hat die Liberalisierung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes zu einem starken Zuwachs der Zeitarbeit und damit auch zum Abbau von Stammebelegschaften geführt, die durch Zeitarbeitskräfte ersetzt wurden. Im Sommer 2008 hat die Zahl der Zeitarbeitnehmerinnen und Zeitarbeitnehmer in Deutschland sogar annähernd die Millionengrenze erreicht.

Der Missbrauch der Leiharbeit ist auch in der vergangenen Legislaturperiode wiederholt Thema gewesen; Herr Schmelzter hat eben darauf hingewiesen. Ich erinnere unter anderem an den Antrag der Grünen anlässlich des schändlichen Gebarens der Firma Schlecker.

Meine Damen und Herren, Zeitarbeit wird insbesondere genutzt, um die Lohnstandards zu unterlaufen und die Stammebelegschaft massiv abzubauen. Diese Auswüchse sind aus unserer Sicht nicht länger hinnehmbar.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

Für uns gibt es in der Zeitarbeitsbranche einen akuten Regelungsbedarf. Wir wollen die Erosion regulärer Beschäftigungsverhältnisse durch Zeitarbeit und Lohndumping stoppen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Hier ist die Universitätsklinik Essen leider kein Einzelfall; das wurde schon mehrfach angesprochen. Deshalb wollen wir Lohndumping und Leiharbeit grundsätzlich angehen, und zwar grundsätzlich auch gemeinsam. Wir wollen zu einer tragfähigen Lösung kommen, und zwar gemeinsam mit dem Arbeitsministerium und den Gewerkschaften.

Wir als Grüne freuen uns auf eine zielführende Beratung in den Fachausschüssen und stimmen der Überweisung zu. – Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Maaßen. – Für die FDP-Fraktion spricht der Abgeordnete Dr. Romberg.

Dr. Stefan Romberg^{*)} (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit dem 1. Januar 2001 sind Universitätskliniken in Nordrhein-Westfalen rechtlich selbstständige Anstalten des öffentlichen Rechts. Damit sind Unikliniken berechtigt, ihr Handeln in stärkerem Maße auf das Wirtschaftlichkeitsprinzip auszurichten. Dazu gehört es auch, die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, Flexibilität zu erreichen.

Das Innovationsministerium hat in einer Stellungnahme vom September 2009 festgestellt, dass alle Unikliniken in Nordrhein-Westfalen zum Abbau von

Spitzen in geringfügigem Maße auch auf externe Zeitarbeitnehmer zurückgreifen. Lediglich am Universitätsklinikum Essen existiert eine Personaldienstleistungsgesellschaft in Form der eben genannten PSG. Diese Entscheidung ist vom Grundsatz her nicht zu beanstanden.

Dem Land obliegt lediglich die Rechtsaufsicht. Ich darf darauf hinweisen, dass vor diesem Hintergrund – wie im kollektiven Arbeitsrecht üblich – Tarifverträge abgeschlossen werden können, die die Frage des Lohns näher regeln. So auch hier! Die antragstellende Fraktion sollte sich darüber im Klaren sein, dass Tarifverträge Rechtsnormqualität haben und damit Bestandteile der Rechtsordnung sind. Die Schaffung solcher Rechtsnormen obliegt allein den Tarifvertragsparteien.

Vor diesem Hintergrund möchte ich jedoch noch einige grundsätzliche Dinge sagen, auch weil Sie den Fall Schlecker angesprochen haben. Dazu haben wir – das war eben angesprochen worden – im Januar eine ausführliche Debatte im Landtag geführt. Schon damals habe ich für die FDP klargestellt, dass wir einen Missbrauch der Zeitarbeit nicht dulden. Wenn, wie bei Schlecker, reguläre Arbeitsplätze abgebaut und die betroffenen Mitarbeiter als Zeitarbeitnehmer zu schlechteren Bedingungen wieder in dem Betrieb eingesetzt werden, ist das nicht hinnehmbar. Auch die FDP wird dafür sorgen, dass dieser Missbrauch abgestellt wird. Zurzeit suchen wir auf Bundesebene nach einer praktikablen Lösung.

(Beifall von der FDP)

Jetzt sollte man natürlich fragen – das war auch angesprochen worden –, weshalb die Zeitarbeit in den letzten Monaten und Jahren gerade in Krankenhäusern zugenommen hat. Das hat auch etwas mit der Finanzierung im Gesundheitswesen zu tun, damit, wie die Krankenhäuser über viele Jahre durch die unterschiedlichen Gesundheitsreformen eigentlich kaputtgespart worden sind. Ich hätte es gut gefunden, wenn Kollege Schmelzter in seiner Analyse auch einmal darauf eingegangen wäre, unter welchem Druck die Häuser stehen und weshalb sie zum Teil auf solch schräge Mittel zurückgreifen.

(Rainer Schmelzter [SPD]: Doch schräge Mittel?)

– Ich habe den Eindruck, dass das, was in Essen läuft, nicht im Interesse der dortigen Arbeitnehmerschaft ist. Den Eindruck habe ich schon.

Aber es ist hier gleich wieder so dargestellt worden, als ob Zeitarbeit etwas völlig Abstruses wäre, das abzuschaffen sei; so hat Herr Zimmermann von der Linken es eben noch einmal gesagt. Dagegen legen wir natürlich ganz klar unser Veto ein; denn die Zeitarbeit bietet weiterhin Chancen und hat auch Nutzen. Dieses Instrument hat dazu geführt, dass Menschen in Arbeit gebracht werden konnten, die sonst keine Chance auf dem Arbeitsmarkt gehabt hätten.

(Zuruf von der LINKEN)

Für Unternehmen ist es wichtig, durch den Einsatz von Zeitarbeitnehmern in Phasen mit einem hohen Arbeitsaufkommen handlungsfähig zu sein.

Deshalb muss das Ziel darin bestehen, die Attraktivität des Instruments zu erhalten, aber eben auch die Grenzen des Machbaren aufzuzeigen. Das geschieht, indem man klare Regelungen findet, um den Missbrauch, wie er im Moment stattfindet, abzubauen. Aber dabei ist dieser Antrag der Linken wirklich nicht hilfreich. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Romberg. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Schneider.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die neue Landesregierung orientiert sich am Prinzip der guten Arbeit. Es geht uns nicht darum, Arbeit gleich welcher Art zu schaffen und zu akzeptieren. Wir wollen gute und faire Arbeit.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Die Zahlen, die hier heute Morgen hinsichtlich der Beschäftigungserfolge der hinter uns gebrachten Landesregierung dargestellt worden sind, geben nicht die Realität wieder. Zwei Drittel dieser neu geschaffenen Arbeitsplätze sind prekär, in der Leiharbeit entstanden oder befristet. Es gab also kein Beschäftigungswunder.

Wir müssen uns jetzt in zäher Kleinarbeit bemühen, qualifizierte Arbeitsplätze auf den Weg zu bringen.

(Beifall von der SPD)

Wir wollen die Leiharbeit nicht abschaffen. Leiharbeit, wenn sie genutzt wird, um Auftragsspitzen zu bewältigen oder personelle Engpässe zu überwinden, ist ein probates Mittel der betrieblichen Beschäftigungspolitik. Wenn aber Leiharbeit missbraucht wird, um die Stammebelegschaften systematisch zu reduzieren, wenn sie eingesetzt wird, um Lohndruck auszuüben, ja um Streikbrecher zu beschäftigen, wie es in Herford in einer Firma, die auch noch „Westerwelle“ heißt, derzeit geschieht

(Heiterkeit und Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

– es gibt Zufälle –, wenn Leiharbeit so missbraucht wird, dann muss sie neu reguliert werden. Das ist unser Ziel in dieser Legislaturperiode.

(Beifall von der SPD)

Bezogen auf das Universitätsklinikum Essen sprechen die Zahlen ja eine deutliche Sprache. Mehr als 8% der Beschäftigten in dieser Klinik sind Leiharbeitnehmer. Hier findet ein schleichender Prozess statt,

der gestoppt werden muss. Natürlich ist es legal, was dort passiert. Aber ich denke, in der Politik müssen wir unterscheiden zwischen dem, was legal ist, und dem, was legitim ist. Legitim ist es aber eben nicht, was dort passiert.

(Beifall von der SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Deshalb fordert die Landesregierung die Leitung des Klinikums auf, die Beschäftigten, die jetzt über die Personaleinsatzgesellschaft kommen, Schritt für Schritt arbeitsrechtlich zu Beschäftigten der Uniklinik zu machen. Das ist der richtige Weg. Dies wird nicht von heute auf morgen in einer einmaligen Aktion gehen. Aber ich denke, in einem angemessenen Zeitraum kann das gemacht werden.

Zur Leiharbeit selbst mache ich Ihnen ein Angebot. Herr Dr. Papke, ich war erstaunt, als ich vor einigen Tagen in der „Süddeutschen Zeitung“ las, dass auch Sie jetzt für das Prinzip „Gleiche Arbeit – gleiches Geld“ in der Leiharbeit eintreten. Jedenfalls treten die Berliner Freien Demokraten dafür ein; ich weiß nicht, wie es die Düsseldorfer halten. Auf dieser Geschäftsgrundlage biete ich Ihnen an, dass wir in absehbarer Zeit

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

ein gemeinsames Konzept zur Regulierung der Leiharbeit auf den Weg bringen, dies in Berlin präsentieren und über den Bundesrat befördern.

(Lachen von Dr. Gerhard Papke [FDP])

– Lachen Sie nicht! Wissen Sie, wenn Herr Zimmermann sagt: „Zwei mal zwei ist vier“, kann ich doch nicht aufgrund der Vergangenheit des Herrn Zimmermann sagen: Nein, zwei mal zwei ist fünf.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Ich habe mir das jetzt zwei Tage lang angeschaut. Nehmen Sie doch mal die Warnung des Kurt Tucholsky ernst, wonach der Antikommunismus eine der größten Torheiten unserer Zeit ist. Nehmen Sie das mal ernst!

(Beifall von SPD und LINKEN – Zuruf von der FDP: Aha!)

Kritisieren Sie die Linkspartei hart und angemessen, aber lassen Sie doch die politischen Mätzchen, die zu nichts, aber auch zu gar nichts führen.

(Beifall von der SPD)

Ich bin dafür, die Arbeit am Gesamtprojekt „Neue Regulierung der Zeitarbeit“ aufgrund des vorliegenden Antrags fortzusetzen. Die Sozialdemokraten haben hier Fehler gemacht. Politische Größe besteht auch darin, Fehler einzugestehen und das Ganze in Ordnung zu bringen, und das ist unser Ziel. – Danke schön.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Wir sind damit am Ende der Beratung.

Entgegen dem Ausdruck in der Tagesordnung hat die antragstellende Fraktion nunmehr beantragt, den **Antrag Drucksache 15/35** an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** – federführend –, den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration** sowie den **Haushalts- und Finanzausschuss** zu **überweisen**.

(Günter Garbrecht [SPD]: Das haben wir schon dreimal gemacht!)

Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung stattfinden. Wer der Überweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dem nicht zu? – Eine Gegenstimme. Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung mit einer Gegenstimme beschlossen.

Wir kommen zu:

7 Benachteiligung bei der Einstellung in den Vorbereitungsdienst für Lehrämter an den Schulen aufheben – Nachreichfrist verlängern

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/34

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/54

Ich eröffne die Beratung. – Frau Abgeordnete Böth hat das Wort.

Gunhild Böth (LINKE): Danke sehr. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieses ist auch wieder so ein Beispiel dafür, was die schwarz-gelbe Landesregierung in allerletzter Minute noch angestellt hat. Am 30. Mai informierte sie die Verbände, die Universitäten und Hochschulen, dass sie sich nach vielen langen Jahren jetzt überlegt hatte, einen Numerus clausus für den Vorbereitungsdienst bei den Lehrämtern für Gymnasien und Gesamtschulen einzuführen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Unglaublich!)

Das traf die Universitäten ziemlich unvorbereitet. Die Prüfungspläne waren lange fertig. Termine waren gesetzt, und zwar Termine, die dann, weil dieses NC-Verfahrens so weit vorgezogen wurde, erst anschließend lagen. Sie haben mit diesem sehr späten Erlass dafür gesorgt, dass ganz viele Universitäten, Prüfer, aber vor allem Studierende in große Schwierigkeiten gekommen sind, wollten sie sich überhaupt an diesem Verfahren beteiligen. Ich weiß nicht, ob

Ihnen das bekannt ist: Es sind im allgemeinen Lehrbetrieb Vorlesungen ausgefallen, damit die Prüfungen überhaupt abgehalten werden konnten.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Wenn das vorausschauende Politik sein soll – das sollte doch alles einmal geplant und durchdacht sein –, weiß ich nicht, was Sie darunter verstehen.

(Beifall von der LINKEN)

Ich hatte eigentlich immer gedacht: Bildungspolitik ist ziemlich simpel. Man weiß Jahre vorher, wann Lehrkräfte in Pension gehen; denn sie sind nicht nur ein Jahr dagewesen. Eigentlich weiß man dann auch Jahre vorher, wann man wieder neue braucht. Wenn ich das alles weiß, bedeutet das doch, frühzeitig gegensteuern zu können, insbesondere in den Fächern, die inzwischen Mangelware sind. Dann mache ich doch nicht das Gegenteil und führe eine Zugangsbeschränkung für den Vorbereitungsdienst ein,

(Beifall von LINKEN und Sigrid Beer [GRÜNE])

während wir uns derzeit jeden Einzelnen von den Bäumen pflücken, damit der Unterricht überhaupt aufrechterhalten werden kann.

Also: Warum haben Sie überhaupt den Numerus clausus für den Vorbereitungsdienst eingeführt? – Sie haben in der Ausbildung keine Kapazitäten geschaffen. Da Sie das nicht gemacht haben, verschärfen Sie den Lehrkräftemangel, den Sie vorher so hingenommen haben nach dem Motto: Es wird schon nichts passieren; das macht alles nichts; wir sehen mal, wie es ist. – Das kommt einem ein bisschen so vor wie Weihnachten: Huch, das kommt auch immer so plötzlich; das wusste auch keiner vorher.

(Lachen von Rüdiger Sagel [LINKE])

So sind Sie vorgegangen.

Zum Änderungsantrag: Wir wollten erst beantragen, dass sich insbesondere zu den NC-Fächern noch alle bis zum 9. August melden könnten, um in das Verfahren zu kommen. Fakt ist, dass sowieso alle Menschen, die jetzt fertig werden, wegen des derzeit herrschenden Lehrkräftemangels als vorübergehend Beschäftigte in die Schulen kommen werden. Das ist kein erfreuliches Moment, weil sie für diese verantwortungsvolle Tätigkeit noch nicht genügend ausgebildet worden sind. Deshalb musste blitzschnell etwas gemacht werden.

Aber wir sind ja lernfähig. Wir haben uns also überzeugen lassen, dass man in ein solch laufendes Verwaltungsverfahren nur schlecht eingreifen kann, ohne Klagen gegen die Landesregierung zu provozieren. Ich bin mir zwar nicht sicher, ob das so ist, aber wir glauben das jetzt einfach mal.

Deshalb haben wir uns mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen darauf verständigt, auf jeden Fall ein Verfah-